

Datum: 27.01.2009
Autor: eh

Wasserversorgung soll wieder in städtische Hand

Grüne beantragen Grundsatzentscheidung über Rückkauf der Anteile an den Zweckverbänden

Stuttgart-Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat fordern eine Grundsatzentscheidung über den Rückkauf der ehemals städtischen Anteile an den beiden Zweckverbänden Bodenseewasserversorgung (BWV) und Landeswasserversorgung (LW).

Stuttgarts Einfluss auf beide Zweckverbände hänge „an einem seidenen Faden“, erklärt Jurist und Stadtrat Roland Kugler. Der Privatisierung seien Tür und Tor geöffnet. Dabei sei die Trinkwasserversorgung ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge, für den die Kommunen Verantwortung tragen. In Zukunft aber könnte das der Stadt Stuttgart immer weniger möglich sein, weil sie die Zuständigkeit schon vor geraumer Zeit freiwillig abgegeben hat: Im Jahr 2002 hatte die Landeshauptstadt ihren NWS-Aktienbesitz an die EnBW für rund 1,6 Milliarden Euro verkauft. Damit ging die gesamte Strom-, Gas- und Fernwasserversorgung Stuttgarts an den Konzern über, denn gleichzeitig wurden auch die Anteile der Stadt von jeweils 33,3 Prozent an den beiden großen Zweckverbänden an die EnBW abgegeben. Das Konstrukt, so zeigt sich jetzt, hat Mängel. Da sind zum einen die Cross-Border-Leasing-Verträge beider Verbände mit amerikanischen Investoren. In Folge der Finanzkrise muss nun einer der Partner ausgetauscht werden. „Spätestens, wenn die Wasserzweckverbände ihre Rechtsform ändern oder Anteile an Private abgegeben werden, verliert die Stadt nach derzeitiger Vertragslage ihren Einfluss“, so Kugler. Den sichert ihr derzeit noch eine Übereinkunft mit der EnBW, die der Landeshauptstadt Sitze in den Verbandsversammlungen und den Verwaltungsräten überlässt. Ob es dabei bleibt, ist offen. Laut Kugler ist dieses Modell rechtlich umstritten. Zum anderen drohe durch das neue EU-Vergaberecht Ungemach: Stiege ein Privater ein, wären die Zweckverbände als gemischtwirtschaftliches Unternehmen zukünftig verpflichtet, die Aufgaben der Wasserversorgung europaweit auszuschreiben. Zum dritten, so die Grünen, könnte sich auch die derzeit angestrebte Fusion von EnBW und dem Energieversorger EWE negativ auswirken, da dieser sich vor allem auf das Gasgeschäft konzentriere - der Wasserbereich würde möglicherweise zum Nebengeschäft. Fraktionschef Werner Wölfl: „Der Rückwerb der städtischen Anteile ist der erste und wichtigste Schritt dafür, den Einfluss der Stadt auf eine sichere und qualitativ hochwertige Trinkwasserversorgung Stuttgarts zu gewährleisten.“ Wie die Stadt künftig ihre Mitbestimmung sichern will, soll die Verwaltung nun erklären.

Leser-Kommentar

27.01.2009 13:01 von Stuttgarter Wasserforum , i.A. Werner Weber

Stuttgart ist die einzige Großstadt in Deutschland, die ihre Wasserversorgung zu 100% privatisiert hat. Es ist erfreulich, dass nun auch die Gemeinderatsfraktion B90/DIE GRÜNEN einen ersten Schritt in Richtung Rekommunalisierung unternommen hat. Die Forderung hätte aber weiter gefasst werden sollen und wie folgt lauten müssen: "Der Gemeinderat wird aufgefordert, den Rückkauf des Wasserversorgungsbetriebes der Stadt, mitsamt den Beteiligungen an den Wasser-Zweckverbänden LW und BWV, von der EnBW sofort zu beantragen." Nur so besitzt der Bürger über seine demokratisch gewählten Vertreter im Rathaus die volle Verfügungsgewalt über die Wasserversorgung. Nur so kann er bei der Wasserversorgung über Preis, Qualität und Investitionen mitbestimmen. Noch besser und zukunftssträchtiger wäre ein Rückkauf des gesamten Stro-, Gas- und Wasserbetriebes innerhalb des Stadtgebietes von Stuttgart, wie er früher im Besitz der TWS/NWS war. Nur so können wir verhindern, dass unsere städtischen Netze in falsche Hände geraten. Eile ist geboten, denn wir befinden uns jetzt bereits zu 45,01% in der Hand des französischen Staatskonzerns EdF (Electricité de France)